



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**127,43 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**29,37 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES**48**

Jahre hat sich die Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch, ASUE, für innovative Energieversorgungskonzepte auf Basis molekularer Energieträger stark gemacht. Ende Dezember war Schluss.

ELEKTROFAHRZEUGE

Steuerermäßigungen reißen Milliardenlücke in den Staatshaushalt

REGENERATIVE

So hat sich Deutschland im Jahr 2025 mit Strom versorgt

WINDKRAFT OFFSHORE

Equinor und Orsted klagen gegen Baustopp ihrer Offshore-Projekte

Inhalt**TOP-THEMA**

→ **STROMNETZ:** Anschlag auf Stromnetz verdeutlicht Schutzbedarf

POLITIK & RECHT

→ **ELEKTROFAHRZEUGE:** Steuerermäßigungen reißen Milliardenlücke in den Staatshaushalt

→ **POLITIK:** Verband fürchtet um PV-Boom

→ **REGULIERUNG:** Bundesnetzagentur ändert Volumina von Ausschreibungen

HANDEL & MARKT

→ **REGENERATIVE:** So hat sich Deutschland im Jahr 2025 mit Strom versorgt

→ **GAS:** RWE-Chef sieht Gas-Versorgung trotz des Wintereinbruchs gesichert

→ **GAS:** LNG-Importe um über 50 Prozent gestiegen

→ **GASTBEITRAG:** Energiesparinitiative ASUE muss aufgeben

TECHNIK

→ **STROMNETZ:** Neuer Anschlag auf Berliner Netz verursacht massiven Stromausfall

→ **STATISTIK DES TAGES:** Anzahl der durch die Bundesregierung geförderten Ladepunkte

UNTERNEHMEN

- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Equinor und Orsted klagen gegen Baustopp ihrer Offshore-Projekte
 - **IT:** Detmolder Versorger nach Cyberangriff wieder erreichbar
 - **RECHT:** Gericht eröffnet Insolvenzverfahren von Ampeers Energy
 - **WIRTSCHAFT:** Batteriehersteller will neues Berufsbild kreieren
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Wettervorhersagen dämpfen Preise
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Anschlag auf Stromnetz verdeutlicht Schutzbedarf



Quelle: Shutterstock / Somnuek saelim

STROMNETZ. Nach dem Brandanschlag auf eine Strom-Kabelbrücke im Südwesten Berlins fordern Politik, Verbände und Behörden besseren Schutz kritischer Infrastruktur und weniger Informationsfreigabe.

Nach dem Brand an einer Kabelbrücke im Südwesten Berlins, der einen großflächigen Stromausfall ausgelöst hat, rückt der Schutz kritischer Infrastruktur erneut in den Fokus. Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), begrüßt den aktuellen Entwurf des KRITIS-Dachgesetzes. Laut Andreae schafft dieser erstmals einen sektorenübergreifenden Rechtsrahmen für den physischen Schutz kritischer Anlagen und verzahnt ihn mit dem IT-Sicherheitsrecht für kritische Infrastrukturen, insbesondere mit dem NIS2-Gesetz.

Zugleich sieht Andreae Widersprüche in bestehenden Regelungen. Strom- und Gasnetzbetreiber seien teilweise rechtlich verpflichtet, detaillierte Informationen über ihre Infrastruktur öffentlich zugänglich zu machen. Aus Sicht des BDEW sei daher eine Neubewertung von Transparenzpflichten erforderlich.

Transparenz-, Informationsfreiheits- und Open-Data-Regelungen sollten dort angepasst werden, wo sie die physische oder digitale Sicherheit gefährden könnten. Speziell Webangebote von Behörden oder offene Plattformen, die Leistungsdaten oder Geolokationen kritischer Anlagen systematisch bereitstellen, müssten aus Sicherheitsgründen eingeschränkt werden, so Andreae.

Schnelle Aufklärung gefordert

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) dringt auf eine schnelle Aufklärung des Vorfalls. Der Schutz kritischer Infrastruktur habe für den Berliner Senat höchste Priorität, erklärte Wegner. Der Senat unterstütze die laufenden Ermittlungen mit allen verfügbaren Mitteln. Zugleich äußerte Wegner den Verdacht einer linksextremistischen Tat, wie aus einem Bekennerschreiben hervorgehe. Er verurteilte den Anschlag und verwies auf Gefahren für die Bevölkerung durch den resultierenden Stromausfall, besonders für ältere Menschen oder Familien mit kleinen Kindern.

Die Bundesregierung hält sich mit einer abschließenden Bewertung zurück. Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums erklärte, eine linksextremistische Motivation erscheine naheliegend, die Ermittlungen liefen jedoch noch. Die Echtheit eines Bekennerschreibens sei bislang nicht abschließend geklärt. Damit befasse sich das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Industrie will mehr Vorsorge

Auch aus der Industrie kommen Forderungen nach entschlossenerem Handeln. Wolfgang Weber, Vorsitzender der Geschäftsführung des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), sieht in dem Angriff ein Zeichen für die Verwundbarkeit der Netzinfrastruktur.

Der ZVEI fordert laut Weber, zügig geeignete Schutzmaßnahmen umzusetzen. Dazu zählten moderne Zugangskontrollen, Videoüberwachung und der Einsatz von Sicherheitsdiensten an Umspannwerken und Schaltanlagen. Zudem betont Weber die Bedeutung stabiler Lieferketten in Europa sowie redundanter Kommunikationswege und sogenannter „blackstart-fähiger“ Kraftwerke. Resilienzkonzepte müssten aus Sicht des ZVEI Teil der Agenda der Bundesregierung sein.

Ermittlungen laufen noch

Die Ermittlungen haben nach Angaben der Berliner Behörden Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz übernommen. Am 5. Januar übernahm die Berliner Generalstaatsanwaltschaft den Fall wegen der besonderen Bedeutung. Weitere Details nannten die Ermittler zunächst nicht. Zur Bewältigung des Stromausfalls unterstützt die Bundeswehr die Hauptstadt nach Angaben der Senatskanzlei bei Logistik, Transport und dem Betrieb von Notstromaggregaten. Auch die Bundespolizei leistet Unterstützung.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) forderte im WDR ein höheres Sicherheitsbewusstsein beim Schutz kritischer Infrastruktur. Betreiber müssten Verantwortung übernehmen und sensible Anlagen besser sichern. Reul kritisierte, dass über Jahre hinweg zu viele Informationen öffentlich zugänglich gemacht worden seien, was potenziellen Tätern die Planung erleichtere.

Zur Einordnung der Lage verwies Berlins Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) auf die Struktur des Stromnetzes. Dieses habe eine Länge von rund 35.000 Kilometern, wovon nach Angaben des Betreibers etwa 99 Prozent unterirdisch verlaufen. Ziel sei es, auch den verbliebenen oberirdischen Teil schrittweise unter die Erde zu bringen. Vollständig ausschließen ließen sich verletzliche Stellen jedoch nicht.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Pixabay / Joenomias

Steuerermäßigungen reißen Milliardenlücke in den Staatshaushalt

ELEKTROFAHRZEUGE. Der Hochlauf der Elektromobilität kostet den Bund bis 2030 rund 39 Milliarden Euro. Das zeigt eine Analyse der Beratungsgesellschaft EY zu Förderungen und Steuerausfällen.

Der beschleunigte Ausbau der Elektromobilität belastet die öffentlichen Finanzen erheblich. Laut einer Analyse der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, mit Hauptsitz in London, summieren sich die Kosten für den deutschen Staat bis 2030 auf rund 39,1 Milliarden Euro. Ursache sind vor allem Kaufprämien, sinkende Einnahmen aus Energiesteuern sowie steuerliche Vorteile für Elektrofahrzeuge und elektrifizierte Dienstwagen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, ab dem kommenden Jahr erneut den Kauf von Elektroautos zu fördern. Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen sollen Zuschüsse von bis zu 5.000 Euro erhalten. Laut EY dürfte dies den Absatz von Elektrofahrzeugen in Deutschland weiter ankurbeln. Die Zahl der Elektroautos einschließlich Plug-in-Hybriden (PHEV) steigt demnach im wahrscheinlichsten Szenario von derzeit 3,2 Millionen auf 9,4 Millionen Fahrzeuge im Jahr 2030. Bereits im nächsten Jahr erwartet EY einen Zuwachs von rund 600.000 Fahrzeugen.

Weniger Steuern von Verbrennern

Mit dem Markthochlauf gehen jedoch erhebliche Steuerausfälle einher. Zusätzlich zu rund drei Milliarden Euro, die der Bund in den kommenden zwei Jahren für Kaufprämien einplant, sinken die Einnahmen aus Energiesteuern deutlich. Grund sind der geringere Energieverbrauch von Elektroautos, der niedrigere Steuersatz auf Strom im Vergleich zu Benzin und Diesel sowie Steuervergünstigungen für elektrische Dienstwagen und die Befreiung von der Kfz-Steuer. „Ohne diese Maßnahmen würde der Markt nicht tragen“, sagt Constantin M. Gall, „Global Aerospace, Defence and Mobility Industry Practice Leader“ bei EY.

Die größten Mindereinnahmen entstehen demnach bei den Energiesteuern. Für den Zeitraum von 2025 bis 2030 rechnet die Analyse mit kumulierten Ausfällen von 29,8 Milliarden Euro. Dem stehen Einnahmen aus der Stromsteuer in Höhe von 8,3 Milliarden Euro gegenüber. Unter dem Strich ergibt sich bei Umsatz-, Strom- und Energiesteuern ein Defizit von 21,5 Milliarden Euro im Vergleich zu einem Szenario ohne Elektrofahrzeuge.

Zum Vergleich: 2024 nahm der Bund aus Energiesteuern auf Benzin und Diesel 35,1 Milliarden Euro ein, was 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 3,7 Prozent der gesamten Steuereinnahmen entsprach.

Dienstautos werden junge Gebrauchtwagen

Ein weiterer großer Posten ist die vergünstigte Besteuerung von Dienstwagen. Wer einen rein elektrischen Dienstwagen auch privat nutzt, versteuert den geldwerten Vorteil mit 0,25 Prozent des Bruttolistenpreises pro Monat. Bei Plug-in-Hybriden liegt der Satz bei 0,5 Prozent, bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bei 1 Prozent. Allein 2025 entstehen dadurch laut EY Steuerausfälle von 0,8 Milliarden Euro. Bis 2030 steigt dieser Betrag auf jährlich 3,2 Milliarden Euro. Kumuliert ergibt sich für den Zeitraum 2025 bis 2030 ein Minus von 10,8 Milliarden Euro.

Hinzu kommen 3,9 Milliarden Euro durch die Befreiung von Elektroautos von der Kfz-Steuer. Sollten die Vorgaben für gewerbliche Flotten auf EU-Ebene weiter verschärft werden, könnten die Ausfälle noch höher ausfallen. Gleichzeitig zeigt eine von EY zitierte Befragung aus dem Herbst 2025, dass das Interesse privater Autokäufer zuletzt gesunken ist. Demnach gaben nur noch 18 Prozent der 1.000 Befragten an, als nächstes Auto ein Elektrofahrzeug kaufen zu wollen, nach 26 Prozent im Vorjahr. Der Anteil derjenigen, die einen Verbrenner bevorzugen, stieg von 40 auf 47 Prozent.

Die Umfrage fand vor der Entscheidung über die neue Kaufprämie statt. „Die Förderung wird kurzfristig für zusätzliche Nachfrage sorgen, sie bleibt aber eine künstliche Stütze“, sagt Jan Sieper, Partner Automotive bei EY-Parthenon. Reichweitenangst, Ladezeiten und hohe Preise blieben zentrale Kaufhemmnisse, insbesondere in niedrigeren Preissegmenten. Die steuerliche Förderung von Elektroautos als Dienstwagen mache viel Sinn, da sie den Markthochlauf deutlich unterstützt. Laut Gall könnten nur so auch teure Elektroautos ihre Abnehmer finden, was industriepolitisch wichtig sei. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Verband fürchtet um PV-Boom



Quelle: Shutterstock / nitpicker

POLITIK. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik hat 2025 erstmals Braunkohle und Erdgas überholt. Laut Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) wächst ihr Anteil, der Ausbau stagniert jedoch.

Die Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen hat in Deutschland im Jahr 2025 deutlich zugelegt. Nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) erreichte PV-Strom einen Anteil von rund 18 Prozent an der heimischen Stromerzeugung. Die Interessenvertretung von rund 1.200 Solar- und Speicherunternehmen sieht damit Sonnenstrom an zweiter Stelle nach Windkraft, die mit rund 27 Prozent noch stärker zur Stromerzeugung beitrug. Erstmals produzierte die Photovoltaik mehr Stromanteil als Braunkohle mit rund 14 Prozent und Erdgas mit etwa 16 Prozent.

Grundlage der Angaben ist eine vorläufige Jahresbilanz des BSW-Solar auf Basis von Daten des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg. Demnach erzeugten die inzwischen mehr als 5,5 Millionen installierten Photovoltaikanlagen in Deutschland im Jahr 2025 rund 87 Milliarden kWh Strom. Im Vorjahr lag die Solarstromerzeugung noch bei 72 Milliarden kWh.

Trotz des gestiegenen Beitrags zur Stromerzeugung sieht der Verband den Ausbau der Photovoltaik kritisch. Zwar sei die Erzeugung deutlich gestiegen, das Ausbautempo habe sich im vergangenen Jahr jedoch nicht weiter erhöht. Nach einer vorläufigen Prognose des BSW-Solar gingen 2025 neue

Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von rund 17.500 MW ans Netz. Damit blieb der Zubau nahezu auf dem Niveau des Vorjahres, in dem rund 17.700 MW neu installiert wurden.

Aus Sicht des Verbandes reicht dieses Tempo nicht aus, um die gesetzlich verankerten Ausbauziele zu erreichen. Für das Jahr 2030 sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz eine installierte Photovoltaikleistung von 215.500 MW vor. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre laut BSW-Solar ein jährlicher Zubau von etwa 20.000 MW erforderlich. Ende 2025 lag die installierte Gesamtleistung der Photovoltaik in Deutschland bei rund 118.000 MW. Damit sei erst gut die Hälfte des notwendigen Ausbaus geschafft, teilte der Verband mit.

Balkonkraftwerke stark im Kommen

Unterschiedlich entwickelte sich der Markt in den einzelnen Segmenten. Nach Verbandsangaben wuchs die neu installierte Leistung ebenerdig errichteter Solarparks im Jahr 2025 um etwa 25 Prozent. Dagegen ging der Zubau auf Eigenheimen deutlich zurück. Im Segment privater Dachanlagen mit einer Leistung von bis zu 30 kW sank die neu installierte Leistung auf rund 5.200 MW, nach rund 6.800 MW im Jahr zuvor. Auch bei Industrie- und Gewerbedächern mit Anlagen über 30 kW verzeichnete der Verband einen Rückgang auf rund 3.700 MW, nach etwa 3.900 MW im Vorjahr.

Zuwächse meldet der BSW-Solar dagegen bei kleinen Steckersolargeräten, häufig als Balkonkraftwerke bezeichnet. Die neu installierte Leistung dieser Anlagen stieg 2025 um rund 25 Prozent auf etwa 500 MW. Insgesamt entfielen von den neu installierten 17.500 MW rund 8.000 MW auf Solarparks.



PV-Zubau von 2021 bis 2025
(Für Vollbild auf die Grafik klicken)
Quelle: BSW-Solar

Politik soll bestehenden Rahmen erhalten

Vor dem Hintergrund des verlangsamten Ausbaus warnt der Verband vor weiteren Eingriffen in die Förderbedingungen. BSW-Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig appellierte an die Bundesregierung, Marktbarrieren weiter abzubauen und die bestehenden Rahmenbedingungen nicht zu verschlechtern. Nach seinen Angaben beschäftigt die Solarbranche in Deutschland mehr als 100.000 Menschen.

Hintergrund der Sorge sind angekündigte Änderungen in der Förderung. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte im Herbst 2025 weitere Einschnitte bei der Förderung neuer Solardachanlagen angekündigt, nachdem die Förderbedingungen bereits zu Jahresbeginn 2025 angepasst worden waren. Ihrer Meinung nach rechneten sich PV-Dachanlagen durch den preiswerten Eigenstrom von allein und benötigten keine Förderung mehr. Dagegen fürchtet der BSW-Solar, dass zusätzliche Kürzungen der Förderung den PV-Ausbau weiter bremsen und die Erreichung der Klimaschutzziele gefährden.

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesnetzagentur ändert Volumina von Ausschreibungen



Quelle: Shutterstock

REGULIERUNG. „Wind an Land“ und „Biomasse“ rauf, „Solar“ unter: Die Bundesnetzagentur hat die Ausschreibungsvolumina für das Jahr 2026 festgelegt.

Deutliches Plus für „Wind an Land“: Das Ausschreibungsvolumen zum ersten Gebotstermin im neuen Jahr, den 1. Februar, beträgt 3.445 MW. Vor dieser Anpassung waren 2.500 MW festgeschrieben. Die Bundesnetzagentur habe das verfügbare Ausschreibungsvolumen entsprechend den gesetzlichen Regelungen zur Nachholung von in vergangenen Jahren nicht bezuschlagten Mengen angehoben, kommentiert der Bundesverband Windenergie (BWE) den Schritt der Bonner Behörde. „Damit stehen 2026 fast 1.000 MW mehr als die gesetzlich verankerten 10.000 MW zur Verfügung“,

Die Ankündigung, dass es bei der Anhebung des Ausschreibungsvolumens bleibt, wertet BWE-Präsidentin Bärbel Heidebroek als „positives Signal zum Jahresstart“. „Noch warten wir allerdings auf die letzten Ausschreibungsergebnisse aus dem November 2025. Hier war von einer starken Überzeichnung auszugehen. Dass die Veröffentlichung der Zuschläge diesmal über zwei Monate in Anspruch nimmt, ist unverständlich“, kritisiert Heidebrock.

Nach oben angepasst hat die Bundesnetzagentur auch das Ausschreibungsvolumen für Biomasse zum ersten Gebotstermin, dem 1. April. Statt 563 MW sind es nun 726 MW.

Nach unten geht es für die Solarsparte. Für „Solar Freifläche“ sieht die Bundesnetzagentur für die Ausschreibung zum 1. März ein Volumen von knapp 2300 MW vor, das sind rund 1.000 MW weniger als zuvor. Das Ausschreibungsvolumen für „Solar Aufdach“ zum 1. Februar ist mit 283 MW angegeben, davor waren es 367 MW.

Unverändert ist das Ausschreibungsvolumen für „Biomethan“. Zu den beiden Gebotsterminen, dem 1. April und 1. September, schreibt die Regulierungsbehörde 300 MW aus.

Die Bundesnetzagentur hat **Ausschreibungsvolumina, Gebotstermine** und ergänzende Hinweise auf ihrer Website veröffentlicht. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

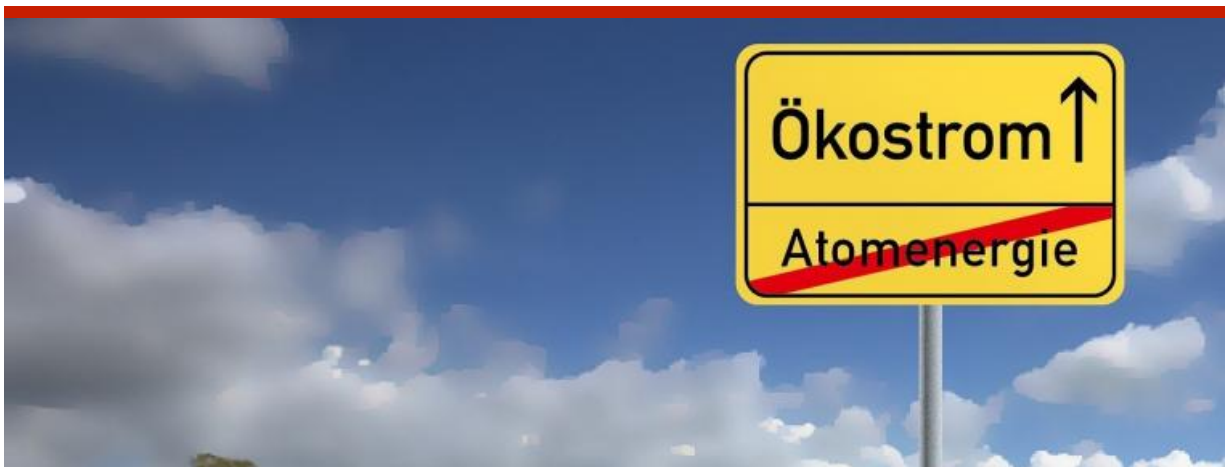


TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / Ralph Lindner

So hat sich Deutschland im Jahr 2025 mit Strom versorgt

REGENERATIVE. Der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostrom-Erzeugung ist nach Zahlen der Bundesnetzagentur weiter gestiegen. Der Großhandelspreis erreichte 2025 in der Spitze gut 583 Euro/MWh.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am 5.1.2026 Strommarktdaten für das Jahr 2025 auf Basis ihrer Informationsplattform „SMARD“ vorgelegt. Die in dieser Information zur Stromerzeugung ausgewiesenen Zahlen beinhalten allerdings nur die Einspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung. Nicht eingeschlossen sind die Erzeugung in Anlagen der Industrie und der Deutschen Bahn, soweit keine Einspeisung der erzeugten Mengen in das Netz der allgemeinen Versorgung erfolgt. Vom „SMARD“-System sind zudem die Stromerzeugungsmengen privater Photovoltaikanlagen nicht erfasst, die direkt im Haushalt verbraucht werden, der sogenannte PV-Eigenverbrauch.

Auch wenn die gesamte Erzeugung in Deutschland somit höher ist als die aktuell von der BNetzA veröffentlichten Zahlen zeigen, werden die Tendenzen, die für das Jahr 2025 relevant waren, sehr deutlich. Das sind: Die Stromerzeugung aus konventionellen Anlagen ist leicht gesunken, während die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erneut zugenommen hat.

Erneuerbaren-Anteil bei 55,3 Prozent

Der bei weitem stärkste Zuwachs wurde bei der Photovoltaik verzeichnet. Ausschlaggebend dafür waren vor allem der deutliche Zubau von Erzeugungskapazitäten sowie die überdurchschnittlich starke Sonneneinstrahlung im Frühjahr und im Sommer 2025. Die PV-Erzeugungskapazitäten sind von 76,6 GW zum 1. Januar 2024 auf 86,4 GW zum 1. Januar 2025 gestiegen und haben sich 2025 um fast 17 GW auf 103,3 GW zum 1. Januar 2026 erhöht. Die Stromerzeugung aus den anderen erneuerbaren Energien, insbesondere Wasserkraft und Wind onshore, hat sich 2025 dagegen verringert.

Legt man die gesamten Zahlen zur Stromversorgung in Deutschland zugrunde, wie sie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) erfasst, so hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Brutto-Stromerzeugung in Deutschland von 57,8 Prozent im Jahr 2024 auf 58,1 Prozent im Jahr 2025 vergrößert. An der Deckung des Brutto-Stromverbrauchs waren erneuerbare Energien 2025 mit 55,3 Prozent beteiligt – gegenüber 54,2 Prozent im Jahr 2024. Der geringere Anteil – gemessen am Brutto-

Stromverbrauch – erklärt sich dadurch, dass in Deutschland 2025 erneut mehr Strom verbraucht als im Inland erzeugt wurde.

Deutschland erneut Netto-Importeur bei Strom

Zurück zu den Daten der BNetzA: Im kommerziellen Außenhandel importierte Deutschland insgesamt 76,2 TWh (2024: 77,2 TWh) und exportierte 54,3 TWh (2024); 48,9 TWh). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Importe um rund 1,3 Prozent gefallen und die Exporte um 11,1 Prozent gestiegen, wodurch der Nettoimport um 22,6 Prozent auf 21,9 TWh sank.

Größte Stromlieferanten nach Deutschland waren 2025 Dänemark mit 19,4 TWh, Frankreich mit 13,7 TWh und Niederlande mit 13,1 TWh. Die größte Exportmenge wurde mit 13,5 TWh nach Österreich verzeichnet. An zweiter Stelle unter den Bestimmungsländern rangierte 2025 Dänemark mit 7,1 TWh – gefolgt von Tschechien mit 6,9 TWh. Die stärkste Steigerung der Exporte erfolgte in die Schweiz, und zwar um 81,5 Prozent im Vorjahresvergleich auf 5,6 TWh.

Großhandelspreise für Strom 2025 gestiegen

Der durchschnittliche Großhandelsstrompreis am Day-Ahead-Markt belief sich 2025 im Marktgebiet Deutschland/Luxemburg auf 89,32 Euro/MWh, 13,8 Prozent über dem Durchschnittspreis des Vorjahres von 78,51 Euro/MWh. In den Anrainerstaaten DE/LU ist der Großhandelspreis von 71,44 Euro/MWh im Jahr 2024 um 17,3 Prozent auf 83,78 Euro/MWh im Jahr 2025 gestiegen.

Der höchste Großhandelspreis des Jahres 2025 lag bei 583,40 Euro/MWh. Dies war am Montag, 20. Januar, in der Stunde von 17 bis 18 Uhr der Fall. Bei einem prognostizierten Stromverbrauch von 69,7 GWh wurden in dieser Stunde nur etwa 3,4 GWh durch Einspeisung durch Photovoltaik und Wind vorausgesagt. Deren tatsächlich realisierte Erzeugung lag bei rund 4,6 GWh und der realisierte Stromverbrauch bei 70,6 GWh. Da die Preisbildung im Stromgroßhandel zum größten Teil am Day-Ahead-Markt erfolgt, sind die prognostizierten Werte ausschlaggebend für die Entwicklung der Großhandelspreise, wie die BNetzA erklärt.

In 573 von 8.760 Stunden des Jahres 2025 kam es zu negativen Großhandelspreisen. Diese können auftreten, wenn ein hohes und unflexibles Angebot auf eine niedrige Nachfrage trifft. Eine niedrige Nachfrage ist typisch beispielsweise an Wochenenden oder an Feiertagen und stärker auf Sommer- als auf Wintermonate konzentriert. Der niedrigste von der BNetzA für das Jahr 2025 genannte Großhandelspreis für Strom lag bei minus 250,32 Euro/MWh. // VON HANS-WILHELM SCHIFFER

[^ Zum Inhalt](#)

RWE-Chef sieht Gas-Versorgung trotz des Wintereinbruchs gesichert



Quelle: Shutterstock / MVelishchuk

GAS. Der Chef des Essener Energieriesen RWE, Markus Krebber, sieht das deutsche Energiesystem „auf Kante genäht“. Die Gas-Versorgung in diesem Winter hält er für gesichert.

Trotz des Wintereinbruchs sieht der Stromerzeuger RWE die Gas-Versorgung gesichert. „Bei einem normal kalten Winter hat Deutschland kein Problem beim Gas, die Lieferwege sind stabil. Doch das Energiesystem ist auf Kante genäht, das ist riskant“, sagte RWE-Chef Markus Krebber der „Rheinischen Post“. „Wenn man jeden Winter schaffen will, auch wenn es sehr kalt wird oder es Lieferausfälle gibt, ist es wichtig, die LNG-Terminals auszubauen.“ LNG ist Flüssiggas, das Deutschland aus mehreren Ländern erhält.

Krebber erwartet, dass die Gaspreise sinken werden. „Wir werden nach heutiger Einschätzung gut durch den Winter kommen, das erwartet auch der Markt. Und er erwartet, dass die Gaspreise in den nächsten zwei Jahren sogar sinken, weil das Angebot an Flüssiggas sich erhöhen wird“, sagte der RWE-Chef.

Beim Strom erwartet Krebber in diesem Jahr sinkende Preise für die Verbraucher. „Ich gehe für 2026 von stabilen Großhandelspreisen aus. Da der Staat die Netzentgelte bezuschusst, wird es für viele Stromkunden unterm Strich 2026 günstiger werden“, fuhr er fort. „Auf mittlere Frist erwarte ich stabile Preise: Erzeugung wird günstiger, Netzentgelte werden teurer.“ Auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hatte vor wenigen Tagen gesagt, dass er für das neu begonnen Jahr „stabile oder sinkende“ Strompreise erwarte. // VON MBI

[^ Zum Inhalt](#)

LNG-Importe um über 50 Prozent gestiegen



Quelle: Shutterstock / Mike Mareen

GAS. Im vierten Quartal 2025 importierte Deutschland knapp 32 Milliarden kWh verflüssigtes Erdgas. 12,5 Milliarden kWh gelangten über das LNG-Terminal in Mukran ins Gasnetz.

Die offizielle Gas-Importstatistik der Bundesnetzagentur für 2025 steht noch aus, doch einzelnen Zahlen sind im Internet bereits veröffentlicht. Danach haben sich LNG-Importe im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Im Zeitraum von Januar bis November summierten sich die Importe laut auf Auflistung auf smard.de auf rund 92,5 Milliarden kWh. Dazu kommen laut Gasversorgungsdaten der Bonner Behörde 12,9 Milliarden kWh im Dezember.

Mit unter dem Strich 105,4 Milliarden kWh stieg der LNG-Import im Vergleich zu 2024 (68,8 Milliarden kWh) demnach um rund 53 Prozent. Allein im vierten Quartal gelangten 31,8 Milliarden kWh über der deutschen LNG-Terminals ins Netz.

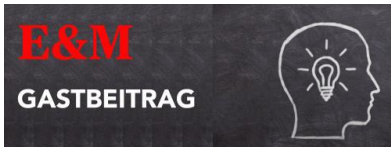
12,5 Milliarden kWh kamen in den zurückliegenden drei Monaten nach Angaben des Terminalbetreibers Deutsche Regas über die Anlage in Mukran ins Land. Auf den Dezember entfielen 4,2 Milliarden kWh. „Im Dezember 2025 war das Energie-Terminal ‚Deutsche Ostsee‘ erneut der wichtigste LNG- Einspeisepunkt in Deutschland“, teilt das Unternehmen mit. Insgesamt habe die Deutsche Regas auch im gesamten vierten Quartal die größte Gasmenge aller deutschen LNG-Terminals eingespeist.

„Mit der größten Einspeiseleistung der deutschen LNG-Terminals im zweiten und vierten Quartal 2025 werden wir unserer Verantwortung für die Versorgungssicherheit gerecht“, kommentiert der geschäftsführende Gesellschafter der Deutschen Regas, Ingo Wagner, die Zahlen seines Unternehmens.

Der staatliche Terminalbetreiber DET hatte im vergangenen Jahr und 2023 nach eigenen Angaben jeweils 59 Milliarden kWh Energie in Form von Erdgas in deutsche Netz eingespeist. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Energiesparinitiative ASUE muss aufgeben



Quelle: E&M

GASTBEITRAG. Bei der Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch ist nach 48 Jahren Schluss. Thomas Wencker, bis zuletzt fachlicher Leiter, zieht im Gastbeitrag Bilanz.

Mit dem 31.12.2025 stellt die Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch (ASUE) ihre Aktivitäten ein. Abnehmende Ressourcen, herausfordernde Rahmenbedingungen und eine immer engere Verbändelandschaft haben die Arbeit der Initiative zunehmend erschwert. Die im Sommer 2021 erfolgte Integration der ASUE in den DVGW konnte den Abwärtstrend nicht aufhalten, was letzten Endes zu diesem Schritt führte. In ihrer Hochzeit Ende der 2010er Jahre vertrat die ASUE 53 Mitgliedsunternehmen, darunter 16 Gasversorger, 18 Stadtwerke und 10 Anbieter energieeffizienter Gerätetechnik.

Fast fünf Jahrzehnte haben sich die ASUE-Mitglieder und -Mitarbeitende für effiziente und innovative Energieversorgungskonzepte vor allem auf Basis molekularer Energieträger stark gemacht. Heute sind die Inhalte der ASUE vielerorts im Alltagsgeschäft von Versorgungsunternehmen und Energieberatung integriert und ihre blauen Broschüren finden sich in manchem Regal.

Energiekrise als Geburtshelfer

Gegründet wurde die ASUE im Jahr 1977. Dem vorangegangen waren verschiedene Entwicklungen und Ereignisse – allen voran die Energiekrise im Jahr 1973. Seit der überstandenen Nachkriegszeit war bis zu diesem Zeitpunkt Energie, zunächst aus Kohle und später aus Erdgas, billig.

Leitplanken beim Bau von Gebäuden und der Entwicklung von Verfahren waren eher in Material und Bauphysik zu finden. Die Folge war, dass sich der mittlere spezifische Energieverbrauch von Neubauten auf bis zu 259 kWh/m²a steigerte – man heizte buchstäblich in die Umwelt. In heutigen Effizienzhäusern lässt sich dagegen mit derselben Energiemenge die fünffache Fläche warmhalten.

Heizen wirtschaftlicher machen

Zehn namhafte Unternehmen der Gaswirtschaft schlossen sich deshalb zusammen, um einen Verband zu schaffen, der der Öffentlichkeit die Vorteile von Erdgas als umweltschonendem, fossilen Energieträger deutlich machen und gleichzeitig die Entwicklung praktikabler, wirtschaftlicher und effizienter Gasanwendungen unterstützen sollte.

Die Gründungsmitglieder hatten dabei neben der Gasbrennwerttechnik vor allem gasbetriebene Wärmepumpen, Blockheizkraftwerke und Nahwärmenetze im Blick. Auf Basis der ASUE-Unterstützung wurden diese Technologien zunehmend erfolgreich und der spezifische Wärmeverbrauch von Gebäuden begann zu sinken.

In der Folge verstärkte die ASUE ihr Engagement für die in der Energieversorgung von Gebäuden einsetzbaren Technologien, zu denen später auch Brennstoffzellen gehörten. Ein Highlight waren die BHKW-Kenndaten, deren dritte Auflage 2014 als umfangreiches Kompendium der technischen Daten aller in Deutschland verfügbaren BHKW bis heute eine willkommene Berechnungsgrundlage für Anlagenauslegungen und Forschungsprojekte darstellt.

Innovationen für effizienten Gaseinsatz

Auch Prozesse und Verfahren in der Produktion funktionieren oft nur mit präzise auf sie zugeschnittenen Energieversorgungssystemen. Deswegen erweiterte die ASUE ihren Blick in die gesamte Branche der Gasanwendung und lobte im Jahr 1980 erstmals einen „Innovationspreis“ aus. Er bot mutigen Bewerbern eine Bühne und diente als Leuchtturm, um auch andere Großverbraucher zu Effizienzmaßnahmen zu motivieren.

Die ASUE bedankt sich für die jahrzehntelange Treue aller Beteiligten und mahnt gleichzeitig an, das Ziel des sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauchs weiterhin hochzuhalten. Denn die Herausforderungen, die Klimawandel und Gesellschaft stellen, sind nicht geringer geworden.



Thomas Wencker, bis zuletzt fachlicher Leiter der ASUE
Quelle: DVGW/Franz-Josef Berlin

// VON REDAKTION

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Quelle: Katia Meyer-Tien

Neuer Anschlag auf Berliner Netz verursacht massiven Stromausfall

STROMNETZ. Nach einem Brandanschlag auf eine Kabelbrücke sind im Berliner Südwesten seit dem 2. Januar 50.000 Haushalte ohne Strom. Bislang konnten erst etwa die Hälfte wieder versorgt werden.

Eine Kabelbrücke über den Teltowkanal hat am frühen Samstag gebrannt. Dadurch ist seit dem 3. Januar in mehreren Stadtteilen im Südwesten Berlins der Strom ausgefallen. Betroffen waren Nikolassee, Zehlendorf, Wannsee und Lichterfelde. Laut dem zuständigen Netzbetreiber Stromnetz Berlin waren zeitweise rund 45.400 Haushalte und etwa 2.200 Gewerbebetriebe ohne Elektrizität.

Nach Angaben der Berliner Feuerwehr hatte zunächst ein Baucontainer unter einer Kabeltrasse gebrannt, die über den Teltowkanal zum nahegelegenen Kraftwerk Lichterfelde führt. In der Folge gerieten mehrere Kabel einer Kabelbrücke in Brand. Die Feuerwehr löschte das Feuer und ist als Hilfe für die betroffenen Bewohner seitdem im Einsatz, gemeinsam mit dem Technischen Hilfswerk (THW) und weiteren Hilfsorganisationen. Die Kriminalpolizei ermittelte wegen des Verdachts der Brandstiftung, der Staatsschutz schaltete sich wegen eines politischen Hintergrundes ein.

Brandanschlag mit Bekennerschreiben

Am 4. Januar teilte die Berliner Polizei mit, dass ein Bekennerschreiben aufgetaucht sei. Der für politische Straftaten zuständige Staatsschutz prüfte die Echtheit des Schreibens. Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) erklärte später, ein Bekennerschreiben einer sogenannten „Vulkangruppe“ sei authentisch. Das Schreiben war zuvor auch auf mehreren einschlägigen Internetportalen veröffentlicht worden. Gleichzeitig rief das Land Berlin eine Großschadenslage aus, um bei Bedarf Unterstützung, etwa durch die Bundeswehr, in Anspruch nehmen zu können.

Am 5. Januar übernahm die Generalstaatsanwaltschaft in Berlin die Ermittlungen.

In dem Schreiben behaupten die mutmaßlichen Verfasser, Ziel der Aktion sei die fossile Energiewirtschaft gewesen, nicht die Verursachung von Stromausfällen. Das Gaskraftwerk Berlin-Lichterfelde sei „sabotiert“ worden. Die Ermittlungsbehörden prüfen diese Angaben. Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) sagte in der RBB-„Abendschau“, bei dem Brand seien fünf Hochspannungskabel sowie mehrere Mittelspannungskabel zerstört worden. Es seien Brandsätze direkt unter den Leitungen platziert worden.

Netzbetreiber arbeitet auf Hochtouren

Stromnetz Berlin präzisierte, dass auch Pflegeheime und Krankenhäuser vom Stromausfall betroffen waren. Die vier Kliniken konnten mit ihren Notstromaggregaten die Zeit bis zur erneuten Versorgung am Sonntag überbrücken. Viele Heizungen funktionieren ohne Strom nicht, etwa weil Pumpen oder Regler ausfallen. Daher bleiben im betroffenen Gebiet viele Räume ungeheizt. Auch der Mobilfunk ist teilweise ausgefallen.

Das Unternehmen rechnet erst für 8. Januar damit, zu allen Betroffenen wieder Strom durchleiten zu können. Hilfe bekommt Stromnetz Berlin auch von anderen Netzbetreibern. Bisher konnte etwa die Hälfte der ursprünglich ausgefallenen Leitungen überbrückt werden. Die Reparaturarbeiten gestalten sich nach Angaben des Netzbetreibers aufwendig.

Zum einen werde die beschädigte Kabelbrücke am Teltowkanal instand gesetzt, zum anderen arbeite man an einer provisorischen Lösung. Dabei sollen zwei bislang nicht verbundene Leitungen zusammengeführt werden. Laut Stromnetz Berlin treffen hier unterschiedliche Kabeltechnologien aufeinander, ein Kunststoffkabel und ein Ölkabel. Für die Verbindung seien speziell ausgebildete Fachkräfte, Plusgrade, eine etwa 14 Meter tiefe Baugrube und eine möglichst staubfreie Umgebung notwendig.

Vergleichbar ist der aktuelle Stromausfall nach Angaben von Stromnetz Berlin mit einem ähnlichen Ereignis im September im Südosten der Stadt. Damals waren ebenfalls zunächst rund 50.000 Kundinnen und Kunden betroffen. Ursache war nach Angaben der Ermittlungsbehörden ein politisch motivierter Brandanschlag auf zwei Strommasten, die Reparaturen dauerten mehrere Tage.

Katastrophenhilfe angelaufen

Die Berliner Feuerwehr richtete in dem betroffenen Gebiet mehrere Anlaufstellen für die Bevölkerung ein. Dort konnten sich Anwohnerinnen und Anwohner informieren und Hilfe erhalten. Das THW brachte mobile Stromaggregate in das Gebiet, um eine Notversorgung sicherzustellen, unter anderem für Seniorenheime. Auch beheizte Zelte und Notstrom an zentralen Punkten wurden vorbereitet.

Der Stromausfall hatte auch Auswirkungen auf den Verkehr. Nach Angaben der Deutschen Bahn fiel ein Stellwerk in Berlin-Wannsee vermutlich infolge der fehlenden Stromversorgung aus. Es kommt zu Ausfällen und Einschränkungen im S-Bahn- und Regionalverkehr zwischen Berlin und Potsdam.

Auch die Berliner Wirtschaft rechnet mit erheblichen Folgen. Alexander Schirp, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB), erklärte, man gehe von Schäden in Millionenhöhe aus, unter anderem durch Produktionsausfälle und beschädigte Anlagen. // VON SUSANNE HARMSEN

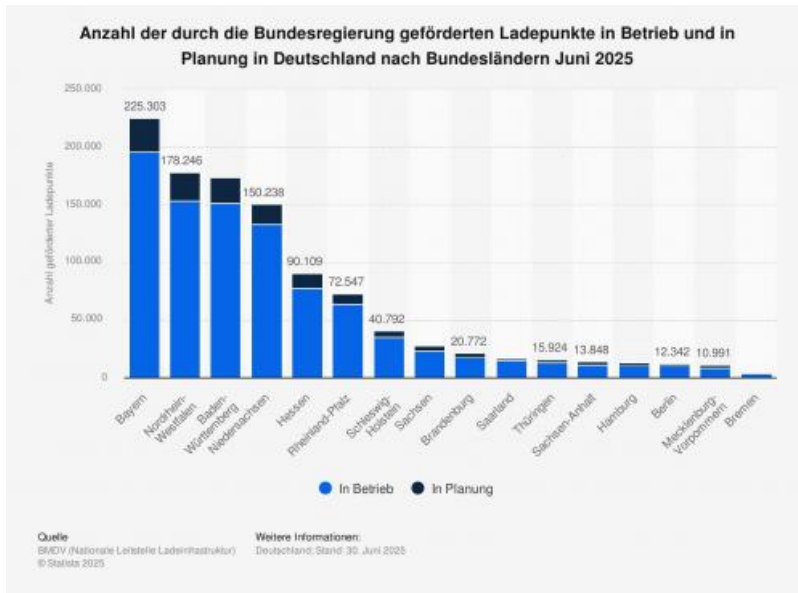
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der durch die Bundesregierung geförderten Ladepunkte



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Die meisten staatlich geförderten Ladepunkte gab es Ende des zweiten Quartals 2025 in Bayern. Neben den rund 195.900 bereits in Betrieb genommenen geförderten Ladepunkten waren weitere 29.400 in Planung. Beinhaltet sind in der Statistik sämtliche Förderprogramme der Bundesregierung für den Ausbau von Ladepunkten für E-Autos im öffentlichen wie auch im privaten Bereich. Insgesamt förderte die Bundesregierung bis Juni 2025 über eine Million Ladepunkte. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: E&M

Equinor und Orsted klagen gegen Baustopp ihrer Offshore-Projekte

WINDKRAFT OFFSHORE. Orsted und Equinor gehen gerichtlich gegen den Baustopp fast fertiger Windparks in den USA vor. Sie sehen ihre Offshore-Windprojekte Revolution Wind und Empire Wind gefährdet.

Offshore-Windprojekte vor der US-Ostküste, darunter Empire Wind mit 810 MW und Revolution Wind mit 704 MW, entwickeln sich zu einem zentralen Streitpunkt zwischen internationalen Energiekonzernen und der US-Bundesregierung. Hinter beiden Vorhaben stehen mit Equinor und Orsted zwei der größten Entwickler von Offshore-Windenergieprojekten. Anfang Januar haben die Projektgesellschaften Klagen beim Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den District of Columbia eingereicht.

„Geheimdienstliche Erkenntnisse“ aus dem US-Kriegsministerium hatten zuvor das US-amerikanische Innenministerium am 22. Dezember dazu veranlasst, die Bauarbeiten zu stoppen. Als Begründung nannte die Behörde Bedenken für die nationale Sicherheit der USA. Die Bewegung massiver Rotorblätter, so heißt es in einer offiziellen Mitteilung des Ministeriums, und die stark reflektierenden Türme verursachten Radarstörungen, sogenanntes „Clutter“. Dieses verdeckte reale bewegliche Ziele und erzeuge falsche Ziele in der Umgebung der Windprojekte (wir berichteten).

Der dänische Energiekonzern Orsted hat nun Anfang des Jahres eine „ergänzende Klage“ eingereicht, nachdem der Konzern die erste bereits im September vergangenen Jahres eingereicht hatte. Als Begründung nannte die US-Behörde bereits damals Bedenken für die nationale Sicherheit der USA (wir berichteten).

Die Projektgesellschaften streben nun jeweils eine einstweilige Verfügung an. Ziel ist es, die Bauarbeiten während der laufenden Verfahren fortzusetzen. Nach Einschätzung der Betreiber drohen bei einem Fortbestand der Anordnungen erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Schäden. Beide Unternehmen argumentieren, die Maßnahmen verstießen gegen geltendes Recht und griffen ohne ausreichende Grundlage in genehmigte Vorhaben ein.

Unterschiedliche Projektstände, gleiche Rechtsstrategie

Empire Wind, entwickelt von einer Tochter des norwegischen Energiekonzerns Equinor, ist nach Unternehmensangaben zu mehr als 60 Prozent fertiggestellt. Das Projekt vor der Küste von New York soll künftig rund 500.000 Haushalte versorgen. Equinor verweist auf Investitionen von mehr als 4 Milliarden US-Dollar sowie auf laufende Projektfinanzierungen. Der Baustopp gefährde Baufortschritt, Finanzierung und vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem Bundesstaat New York.

Revolution Wind befindet sich noch weiter im Baufortschritt. Das Gemeinschaftsunternehmen der Hamburger Projektentwicklungsgesellschaft Skyborn Renewables und von Orsted meldet einen Fertigstellungsgrad von rund 87 Prozent in einer Mitteilung vom 2. Januar. Offshore-Fundamente, Exportkabel und Umspannplattformen sind installiert, 58 von 65 Turbinen errichtet. Noch im Januar 2026 sollte die Stromerzeugung beginnen.

Beide Projektträger verweisen auf langjährige Genehmigungsverfahren. Orsted hebt hervor, dass sämtliche bundes- und einzelstaatlichen Genehmigungen bereits im Jahr 2023 erteilt wurden. Teil des Verfahrens waren umfangreiche Konsultationen mit dem US-Verteidigungsministerium zu möglichen Auswirkungen auf militärische Belange. Diese mündeten in verbindliche Vereinbarungen. Auch der norwegische Konzern Equinor betont die enge Abstimmung mit Sicherheitsbehörden. Aus Sicht der Betreiber rechtfertigen diese Prüfungen keine nachträgliche Aussetzung laufender Projekte.

Auswirkungen auf Versorgung und Arbeitsmarkt

Beide Offshore-Windparks sollen künftig eine wichtige Rolle in der Stromversorgung im Nordosten der USA einnehmen, argumentieren die beiden Unternehmen. Revolution Wind sollte ab 2026 mehr als 350.000 Haushalte in Connecticut und Rhode Island im Rahmen langfristiger Stromabnahmeverträge versorgen. Auch Netzbetreiber warnen vor steigenden Preisen und sinkender Versorgungssicherheit, falls das Projekt nicht ans Netz geht.

Zudem verweisen die Unternehmen auf beschäftigungspolitische Effekte. Tausende Arbeitsplätze in Bau, Fertigung, Schiffbau und Hafenlogistik hängen an den Projekten. Revolution Wind nennt mehr als zwei Millionen geleistete Arbeitsstunden in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen. Auch Empire Wind hebt die Bedeutung des South Brooklyn Marine Terminals für regionale Wertschöpfung hervor.

Die Entscheidungen der Gerichte dürften über den Einzelfall hinaus Bedeutung für den weiteren Ausbau der Offshore-Windenergie in den USA haben. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Detmolder Versorger nach Cyberangriff wieder erreichbar



Quelle: Fotolia / Sergey Nivens

IT. Die Stadtwerke Detmold sind nach einem Hackerangriff wieder „uneingeschränkt erreichbar“. Der Angriff hatte sich am 17. November ereignet.

Gute Nachrichten von den Stadtwerken im lippischen Detmold zu Beginn des neuen Jahres. „Die Erreichbarkeit der Stadtwerke Detmold für Kundinnen und Kunden ist wieder uneingeschränkt gegeben“, teilte der Versorger am 2. Januar mit. Ein Cyberangriff im November 2025 hatte dazu geführt, dass eine Kontaktaufnahme mit dem kommunalen Versorger im Nordosten Nordrhein-Westfalens zeitweise so gut wie ausgeschlossen war (wir berichteten).

Nach Angaben des Versorgers stehen sowohl der telefonische Kontakt als auch die Kommunikation per E-Mail wieder vollumfänglich für alle Standorte zur Verfügung. Damit könnten alle bekannten Servicekanäle wieder genutzt werden, teilten die Stadtwerke Detmold weiter mit.

Die Stadtwerke Detmold waren Zielscheibe von Cyberkriminellen geworden. In den frühen Morgenstunden des 17. November ging nichts mehr. Besonders betroffen waren dabei die Kommunikationskanäle. Telefonanschlüsse und E-Mail-Adressen funktionierten nicht, abgesehen von einer Störungshotline, die bei einem externen Dienstleister untergebracht ist. Auch die Angebote der Internetseite waren nicht verfügbar. Ein Interventionsteam der Polizei Bielefeld für digitale Kriminalität ermittelt noch.

Die Stadtwerke Detmold erwirtschafteten mit ihren rund 190 Mitarbeitenden laut Geschäftsbericht im Jahr 2024 einen Umsatz von 128,3 Millionen Euro. Nach Steuern und vor Gewinnabführung erzielte der Versorger ein Ergebnis von rund 6,8 Millionen Euro. Eine Million Euro davon durfte im Unternehmen verbleiben, für das Jörg Karlikowski die Geschäfte führt. Als weitere Gesellschafter kommen die Westfalen Weser Beteiligungen GmbH und die Westenergie AG auf zusammen 24,9 Prozent der Anteile.

// VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Gericht eröffnet Insolvenzverfahren von Ampeers Energy



Quelle: Fotolia / Stefan Welz

RECHT. Das Amtsgericht München hat das Insolvenzverfahren gegen den Energiedienstleister Ampeers Energy eröffnet. Insolvenzverwalter sucht nach dauerhafter Lösung für den Weiterbetrieb.

Das Amtsgericht München hat am 1. Januar das Insolvenzverfahren gegen den Energiedienstleister Ampeers Energy eröffnet. Das teilte das Amtsgericht am 2. Januar mit. Als Grund für die Insolvenz nennt das Gericht „Zahlungsunfähigkeit“. Zuvor hatte das Amtsgericht München am 31. Oktober 2025 die vorläufige Insolvenzverwaltung angeordnet und den Rechtsanwalt und Sanierungsexperten Axel Bierbach zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt.

Ampeers Energy ist ein junger Münchner IT-Dienstleister und Hersteller von Software-as-a-Service-Lösungen (SaaS) für die Energieoptimierung von Immobilien. Das Leistungsspektrum umfasst den gesamten Prozess von der Analyse der Optimierungspotenziale, der Umsetzungsbegleitung bis hin zum Betrieb und zur Abrechnung von Mieterstrom.

Wie der Insolvenzverwalter Axel Bierbach von der Münchner Kanzlei Müller-Heydenreich Bierbach & Kollegen bereits am 21. November mitteilte, läuft der Geschäftsbetrieb „stabilisiert“ und „uneingeschränkt“ weiter. Ziel des Verfahrens ist es laut der Mitteilung des Insolvenzverwalters, einen Investor zu finden, der das operative Geschäft in einer neuen Gesellschaft übernimmt, sodass die Leistungen, Projekte und Kundenbeziehungen erhalten bleiben können. Auf Nachfrage der Redaktion teilte das Unternehmen dazu am 5. Januar mit, dass man in den nächsten Tagen dazu wohl eine positive Meldung verkünden könnte.

Ampeers Energy ist eine Ausgründung aus dem Institutsteil Angewandte Systemtechnik des Fraunhofer-Instituts für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB-AST) und wurde 2019 gegründet. Mehr als 150 Kunden mit insgesamt rund 300.000 Wohneinheiten betreut Ampeers Energy derzeit. Das Unternehmen beschäftigt nach Auskunft des Insolvenzverwalters 56 Beschäftigte. Zu den Kunden zählen vor allem Wohnungsbaugesellschaften bundesweit, aber auch Versorger und Stadtwerke.

Zuletzt hatten die Münchner Kooperationen bekannt gegeben, etwa mit dem Hamburger Unternehmen „1KOMMA5“ (Einkommafünfgrad). Die Hamburger teilten im Juni 2025 mit, künftig die technische Umsetzung von Mieterstromprojekten im Auftrag des Software- und Energiedienstleisters Ampeers Energy umzusetzen. Mit dem Solartechnikunternehmen Solaredge kooperiert Ampeers Energy seit 2024 und seit dem Jahr 2023 besteht auch eine Kooperation mit dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft (GdW).

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Batteriehersteller will neues Berufsbild kreieren



Quelle: Shutterstock / Nep0

WIRTSCHAFT. Die Bedeutung der Batterieherstellung vor allem für die Automobilindustrie wächst. Noch gibt es aber kein definiertes Berufsbild für die Branche. Das könnten sich in Zukunft ändern.

Der chinesische Batteriehersteller „CATL“ setzt sich für ein eigenes Berufsbild für den aufstrebenden Industriebereich ein. In diesem Jahr starte zunächst ein neues Qualifizierungsprogramm für Nachwuchskräfte, teilte das Unternehmen mit Deutschlandsitz in Arnstadt in Thüringen mit.

Es gehe dabei um einen Zertifikatslehrgang, der Auszubildenden Basiswissen im Bereich Batterietechnologie vermitteln. Der Kurs richte sich an junge Leute, die sich im zweiten Ausbildungsjahr befinden. Nach einem erfolgreichen Test würden Zertifikate der Industrie- und Handelskammer (IHK) vergeben.

„Mit dem neuen Zertifikatslehrgang investieren wir gezielt in das Wissen und die Zukunft unserer Auszubildenden“, äußerte der Deutschland-Geschäftsführer von Catl, Matt Shen. Neue Technologien erforderten neue Ausbildungsinhalte, in einigen Fällen aber auch neue Berufsbilder, erklärte ein Unternehmenssprecher. Die IHK Südthüringen und Catl arbeiteten deshalb nicht nur in der Ausbildung, sondern auch bei einem neuen Berufsprofil zusammen.

IHK und Unternehmen arbeiten bei Berufsbild zusammen

In einem nächsten Schritt würde zusammen mit Partnern aus Wirtschaft und Bildung die Etablierung einer neuen beruflichen Fachrichtung im dualen Ausbildungssystem geprüft. Es gehe darum, den stark wachsenden Qualifikationsbedarf der Batterieindustrie langfristig zu decken.

In Arnstadt produziert Catl seit 2023 Batteriezellen. Die Fertigung soll schrittweise hochgefahren werden. Derzeit werden an dem Thüringer Standort rund 1.700 Arbeitnehmer sowie etwa 30 Auszubildende beschäftigt. Die Contemporary Amperex Technology Thuringia GmbH beliefert verschiedene Autohersteller in Deutschland und Europa.

Fachkräftebedarf soll gesichert werden

Die Kooperationen mit einem der weltweit größten Batteriehersteller zeige, „dass internationale Unternehmen und regionale Institutionen gemeinsam Verantwortung für die Fachkräftesicherung übernehmen“, erklärte der Präsident der IHK Südthüringen, Torsten Herrmann.

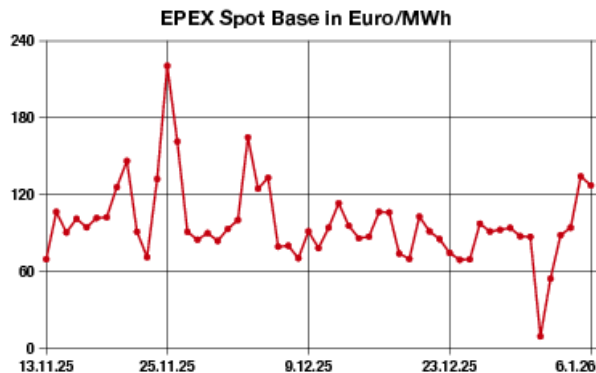
Die Ausbilder würden über ein vom Bundeswirtschaftsministerium gefördertes Projekt geschult. Ziel sei, praxisnahe Qualifizierungsangebote für die Batteriebranche zu entwickeln und damit zur

Fachkräftesicherung beizutragen. Dabei gehe es um technischen Fachwissens von Materialkunde über Fertigungsprozesse bis hin zum Recycling. Aber auch rechtliche und arbeitsschutzrelevante Themen spielten eine Rolle, die sich aus dem Einsatz neuer Technologien ergeben. // VON DPA

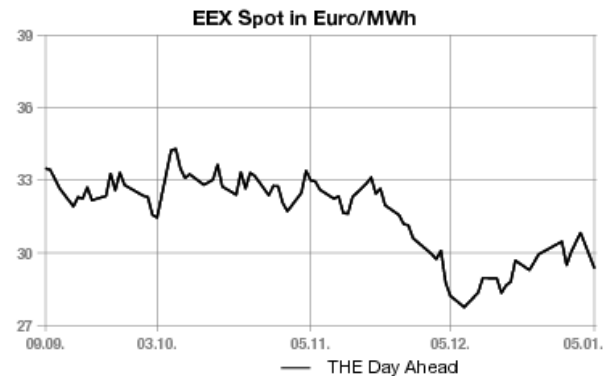
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Wettervorhersagen dämpfen Preise



MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Die europäischen Energiemärkte neigten zur Schwäche, weil die Wetterdienste mildere Temperaturen bereits für die zweite Wochenhälfte vorhersagten.

Strom: Schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde mit 127,75 Euro/MWh in der Grundlast und 146,50 Euro/MWh in der Spitzenlast bewertet. An der Börse wurden für den Dienstag im Base 127,42 Euro/MWh und für den Peak 146,07 Euro/MWh gezahlt.

Ursache für den hohen Preis im Day-Ahead ist die niedrige Einspeiseleistung der Erneuerbaren und die kältebedingt hohe Last. Für den Dienstag, der in Bayern, Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt ein Feiertag (Dreikönigstag) ist, rechnen die Meteorologen von Eurowind nur mit einem Beitrag von Wind und Solar in Höhe von 11,4 GW. Die Last soll sich laut der aktuellen Berechnung von MBI Research auf 60,3 GW belaufen, das sind 2,2 GW mehr als in der vorangegangenen Prognose ermittelt worden war. Ab dem Mittwoch soll die Einspeiseleistung der Erneuerbaren deutlich anspringen. Vom Donnerstag an dürfte sich eine deutliche Milderung in Deutschland durchsetzen. Unklar ist allerdings, ob die mildere Witterung bleibt oder nicht rasch wieder von kälterer Luft abgelöst wird.

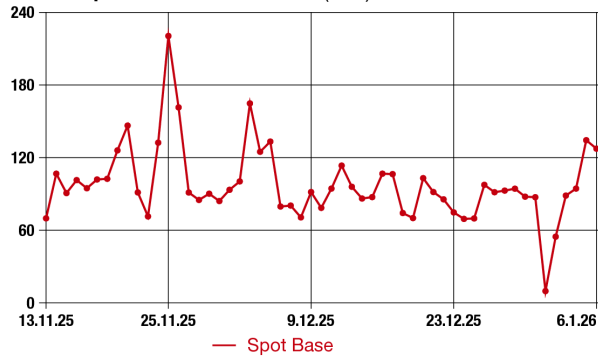
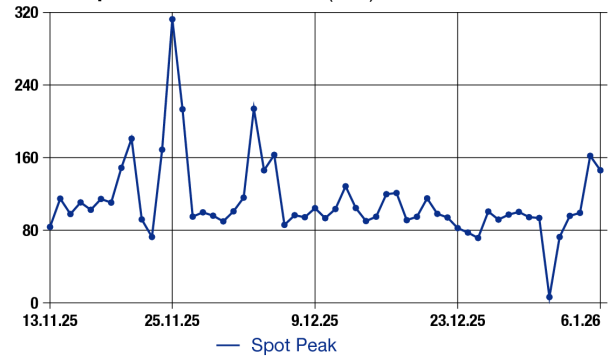
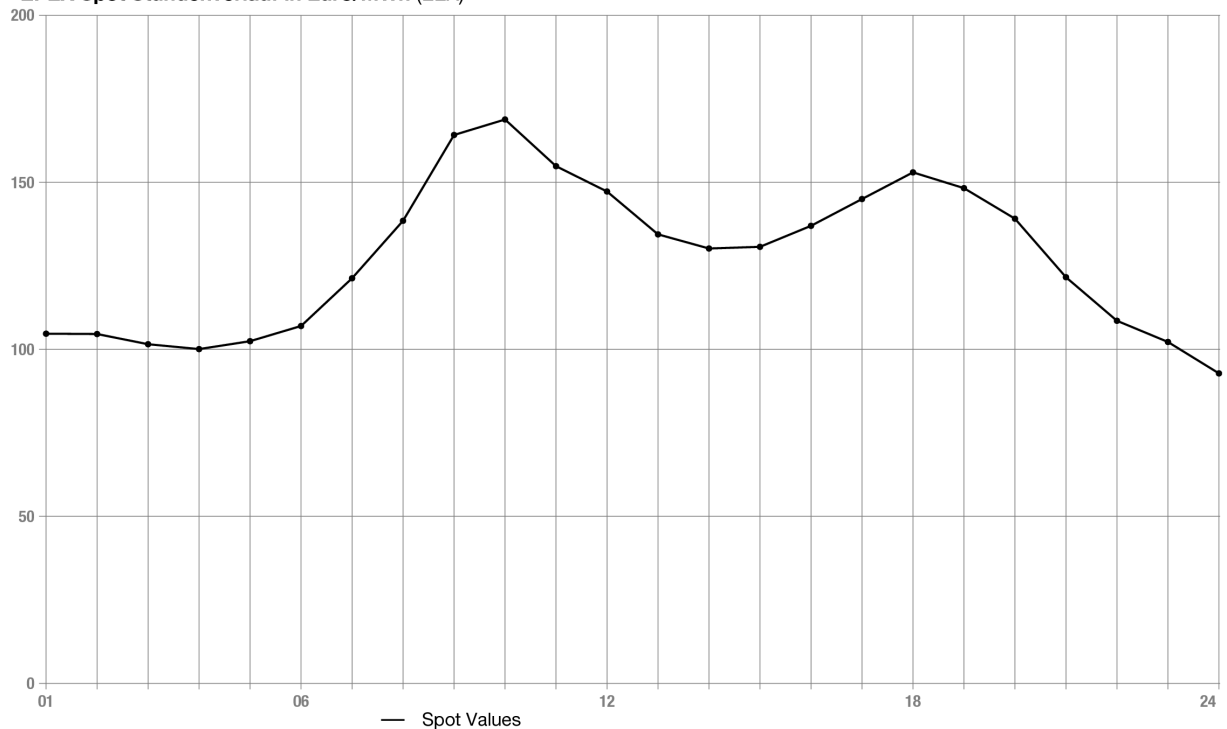
Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr im Zusammenhang mit deutlich schwächeren CO₂- und Gaspreisen bis zum frühen Nachmittag um 1,05 auf 82,51 Euro/MWh.

CO₂: Mit Abgaben haben sich die CO₂-Preise am Montag präsentiert. Der Dec 26 verlor bis 15.03 Uhr 0,63 auf 87,68 Euro/ Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 17,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 88,78 Euro, das Tief bei 87,45 Euro. Die Analysten von Vertis rechnen für die laufende Woche mit einer Seitwärtstendenz am CO₂-Markt. Die niedrigen Temperaturen stützten die Preise, andererseits dürfte die bevorstehende Wiederaufnahme der Primärmarktauktionen an diesem Mittwoch das Angebot ausweiten und sich dämpfend auf die Preisbildung auswirken.

Erdgas: Schwächer haben sich die europäischen Gaspreise zum Wochenstart gezeigt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 15.11 Uhr 1,425 auf 27,450 Euro/MWh. Am deutschen THE sank der Day-Ahead 1,205 auf 29,425 Euro/MWh.

Marktbeobachter führen den Preisrückgang auf die zu erwartende Milderung in Nordwesteuropa und Deutschland zurück. Allerdings herrscht unter den Wetterdiensten eine große Ungewissheit bezüglich der Frage, wie lange diese anhalten wird. Viele Meteorologen gehen davon aus, dass die höheren Temperaturen ein Intermezzo bleiben werden, das bald wieder von leicht unterdurchschnittlichen Temperaturen abgelöst wird. Der Konflikt zwischen Venezuela und den USA dürfte nach Ansicht von Marktbeobachtern hingegen kaum Auswirkungen auf die europäischen Gaspreise haben. Venezuela sei kein großer Akteur an den Gasmärkten. // VON CLAUD-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

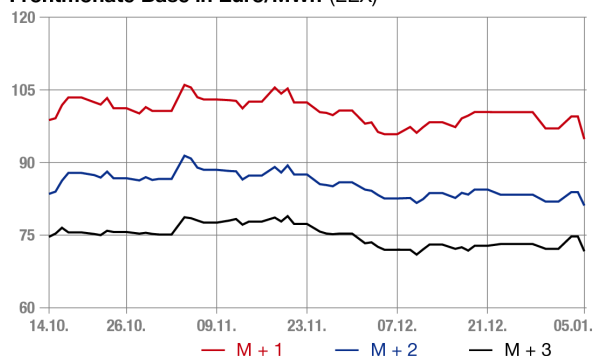
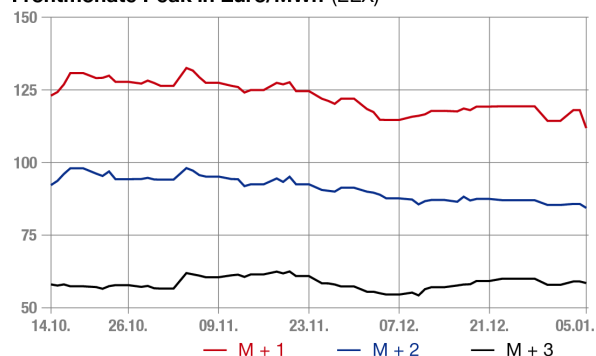
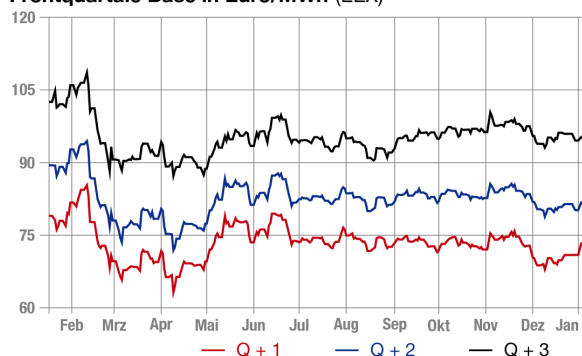
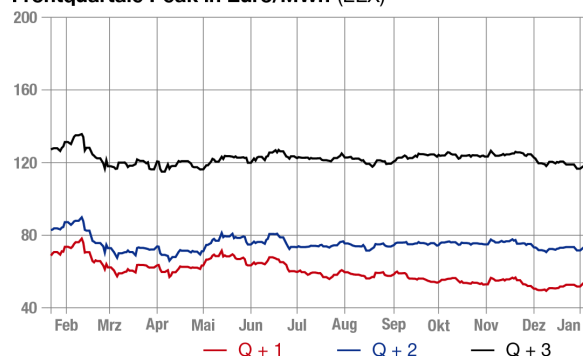
Strom Terminmarkt

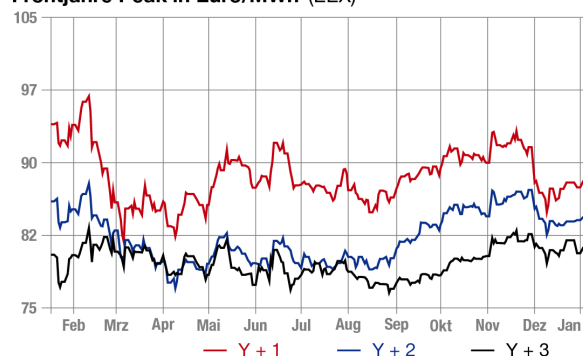
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	05.01.26	German Power Feb-2026	94,84
M2	05.01.26	German Power Mar-2026	81,12
M3	05.01.26	German Power Apr-2026	71,68
Q1	05.01.26	German Power Q2-2026	70,32
Q2	05.01.26	German Power Q3-2026	79,37
Q3	05.01.26	German Power Q4-2026	93,10
Y1	05.01.26	German Power Cal-2027	82,10
Y2	05.01.26	German Power Cal-2028	78,94
Y3	05.01.26	German Power Cal-2029	75,63

Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	05.01.26	German Power Feb-2026	111,87
M2	05.01.26	German Power Mar-2026	84,38
M3	05.01.26	German Power Apr-2026	58,50
Q1	05.01.26	German Power Q2-2026	51,60
Q2	05.01.26	German Power Q3-2026	70,89
Q3	05.01.26	German Power Q4-2026	115,04
Y1	05.01.26	German Power Cal-2027	86,16
Y2	05.01.26	German Power Cal-2028	83,54
Y3	05.01.26	German Power Cal-2029	80,19

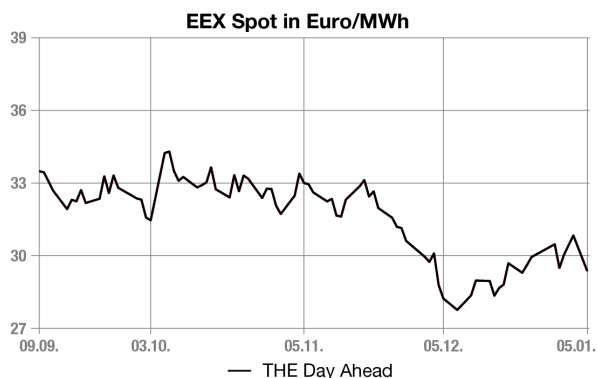
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)

Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)

Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)

Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)

Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)

Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)


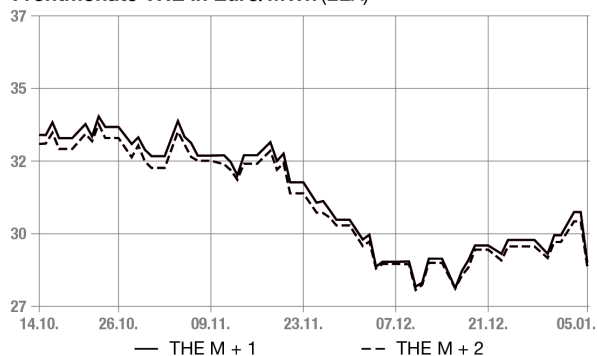
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

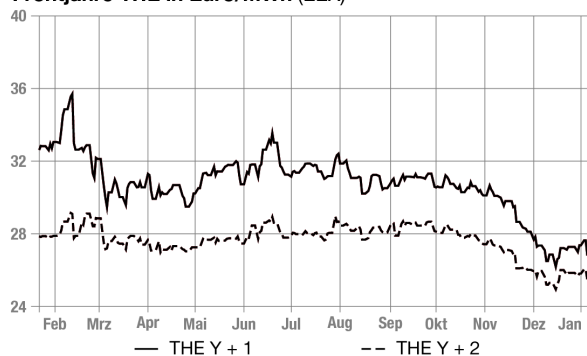
	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	05.01.26	German THE Gas Feb-2026	29,01
M2	05.01.26	German THE Gas Mar-2026	28,87
Q1	05.01.26	German THE Gas Q2-2026	27,77
Q2	05.01.26	German THE Gas Q3-2026	27,67
S1	05.01.26	German THE Gas Win-2026	28,81
S2	05.01.26	German THE Gas Sum-2027	25,72
Y1	05.01.26	German THE Gas Cal 2027	26,81
Y2	05.01.26	German THE Gas Cal 2028	25,47



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	05.01.26	127,42	EUR/MWh
Germany Spot peak	05.01.26	146,07	EUR/MWh
EUA Feb 2026	05.01.26	85,43	EUR/tonne
Coal API2 Feb 2026	05.01.26	95,15	USD/tonne

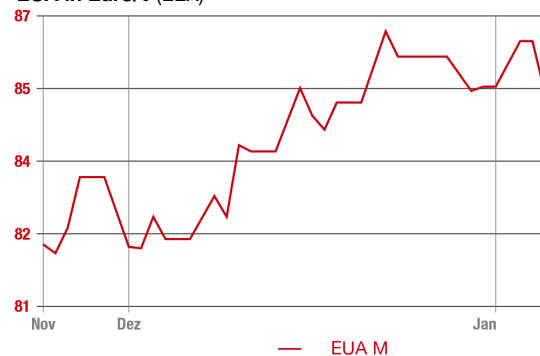
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	05.01.26	29,37	EUR/MWh
German THE Gas Feb-2026	05.01.26	29,01	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	05.01.26	26,81	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mar-2026	05.01.26	61,76	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...
in Amberg

15.12.2025



Professur W 2 Experimentelle Strömungsmechanik

An der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden ist die Professur W 2 Experimentelle...
in Amberg

20.11.2025

☒ Festanstellung



Bereichsleitung Vertrieb

Gesucht wird ein erfahrener Sales Manager, der die neu geschaffene Position Bereichsleitung Vertrieb ...
in Dahlenburg

07.11.2025

☒ Bereichs-/Hauptabteilungsleitung ☒ Festanstellung ☐ Betr. Altersvorsorge / Firmenwagen /
Flexible Arbeitszeit



Schaltmeister*in im Netzbetrieb Hochspannung (m/w/d)

Willst Du gemeinsam mit uns das 36.000 Kilometer lange Berliner Stromnetz fit halten, ausbauen und ...
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 1 h

☒ Ausbildung / Freie Mitarbeit ☐ Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Sabbatical



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Steglitz

Über uns Die Berliner Wasserbetriebe sind mit über 4.800 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen d...
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 1 h

☒ Ausbildung ☐ Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)

Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)

Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**

Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**

Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**

Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.

Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



Über E&M



E&M Anzeigen-Vertrieb



E&M Mediadaten



E&M Zeitung



E&M Termine



E&M Shop



E&M Firmendatenbank



E&M Glossar

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

